

Merseburger Korrespondent

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Die Zeit im Bild, mit dem wöchentlichen Bilder von Feld und Hof und dem wöchentlichen Am häuslichen Herd

Nr. 199

Mittwoch, den 26. August 1925

52. Jahrgang

Die Sanktionsstädte sind frei!

Gestern hat der letzte französische Diktator verlassen, gestern haben auch in Duisburg die Einwohner zum letzten Mal in ihren Straßen die französischen Kommandos überfallen können. Die in London auf dem vorigen Konferenz dem damaligen Reichskanzler Marx von Mollath und Herriot gemachte Zusage, daß das Ruhrgebiet und die im März 1921 in Florenz durch den Friedensvertrag besetzten drei Städte Düsseldorf, Duisburg und der Osten des Ruhrgebietes im August 1925 geräumt werden würden, ist erfüllt. Die Sanktionsstädte sind frei, und die Zeit dauernder schwerer Opfer im Dienste des gemeinsamen Vaterlandes ist für die Bevölkerung vorbei.

Es war eine schwere Zeit, und man braucht nur an die Tage des unglücklichen Ruhrkrieges zu denken, um noch nachträglich mit tiefer Erschütterung zu erkennen, wie viel Selbsttun das Deutschland an Rhein und Ruhr bedeutet hat. Tausende wurden von Haus und Hof vertrieben, Unzählige verloren Existenz und Zukunft und groß, übergroß ist die Zahl derer, die im Dienste am Vaterlande und um der deutschen Sache willen sogar das Leben lassen mußten. Man gebente des erschütternden blutigen Aufschlages auf dem Stramp-Werte, man erinnere sich der schrecklichen Fälle, wo im Dunkel der Nacht die Augen des französischen Soldaten den deutschen Gefangenen trafen. Man rufe sich die Tausende ins Gedächtnis zurück, die die Deutschen am Rhein von dem kriegsigen Deutschland zeitweise völlig abgetrennt waren, man gebente der ungesicherten Not und Verzweiflung, unter denen Rheinland und Ruhrgebiet infolge der Besetzung zu liegen hatten. Recht vor nicht mehr Recht; die Besetzung schloßte sich für sich, den Einwohnern der Städte ihre Wohnungen und das darin befindliche Mobiliar und als die Stadt Düsseldorf, weil sie einfach das Geld dazu nicht hatte, den Van einer neuen Kolonne verweigerte, erfolgte in der „Sanktionsstadt“ die neue „Sanktion“ der Wegnahme der städtischen Turnhalle, des Zoologischen Gartens, des Rathauses, und zum Teil, sogar des Regierungsgebäudes. Das Rheinland-Abkommen bestand nur noch auf dem Papier. Die französischen Offiziere benahmen sich völlig wie in einem für die Dauer eroberten Gebiet.

Das kulturelle und blutige Kapitel aber waren die Monate und Wochen, in denen der

seiner verheerendes Schicksal erlitten. Poincaré hatte es offen ausgesprochen, daß französisches Geld stark genug sein werde, um genug Berätter zu finden, die die französische Forderung auf eine Verdrängung der Rheinlande, des Ruhrgebietes und der Pfalz vom übrigen Deutschland zur Wahrheit werden lassen würde. Und die Spekulationen würden sich als richtig erweisen. Es fanden sich Berätter in großer Zahl. Ihre Namen mögen der Vergessenheit anheimgegeben bleiben, sie sollen nicht von neuem genannt werden. Poincaré durfte zufrieden sein, aber er rechnete trotzdem falsch. Er vergaß deutsche Ernte und deutsche Anwesenheit und die Größe zum Vaterlande in seine Rechnung zu stellen. Es kam zu verheerenden Handlungen, läßt unterstellt und gefördert von der französischen und belgischen Regierung, auf ausgerüstet und auch offen mit Gewehren und Munition versehen, vermochte das Separatistenheer sich zeitweilig bei und dort in den Besitz der Macht zu setzen. War es nicht erst gestern, als in Waden die treuebrüderlichen Bewohner die Berätter vertrieben, da sie in der Pfalz blutige Opfer zum Varen töteten? Poincaré's Plan brach zusammen. Aus tausend Wunden blutend mußte Deutschland den Ruhrkampf kühnster,

oder es blieb das einzige, geante Deutschland, das des Separatismus gleichsam mit einer einzigen Handbewegung Herr wurde.

Und heute hat die Weirungslafte geschloffen. Wir würden vielleicht auf sie noch lange warten müssen, wenn nicht die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes, das nüchtern und sachlich zu denken weiß, gegenüber allen Quertreibern und Demagogen, die, leider, gerade auch aus dem Inneren kamen, eine Politik gebilligt und unterstützt hätte, die in wahrhaft nationaler Verantwortungsbewußtheit die großen und nun einmal gegebenen außenpolitischen Aufgaben in Rechnung stellte, und sie zur Vermeidung und zum Abgangswort des deutschen Bundes machte. Wir wissen, daß auch die gegenwärtige Regierung, obgleich in ihr gerade die Kreise vertreten sind, von deren Seite in der Vergangenheit jene Hemmungen und Störungen verurteilt wurden, keine andere Politik macht. Daß sie genau die Linie verfolgt, die ein Mannern, ein Wirtz zuerst und allein als richtig erkannt haben. Wir werden heute Zeugen des Kampfes, der eben deswegen in den deutschen nationalen Kreisen im Gange ist. Die außenpolitischen Aufgaben, die in London richtunggebend und bestimmend waren, die die Welt bezeichnen, die Erfüllungsweg, zum Ziele Deutschlands in ihrer entscheidenden Bedeutung richtig einzuführen wählten — diese Aufgaben gelten auch heute noch und es werden auch in Zukunft gelten.

Die Sanktionsstädte sind frei und das horige Deutschland darf aufatmen. Aber wir wissen, daß der Friedensvertrag auch weiterhin den weitaus größten Teil des Rheingebietes in seinen hält. Wir wissen, daß Frankreich zwar, wie in der Vergangenheit, so auch heute noch, die Kartellierung der Frage, man die Besatzungslisten zu laufen begannen haben, in Dunkel und Ungeheimnis zu laufen geht in engstem Zusammenhang mit der Lösung der Sicherheitsfrage und die Deutschen im Reiche und am Rhein legen die Hoffnung, daß die Verhandlung darüber auch den auch in Zukunft beizut bleibenenden Teilen der Rheinlande zugute kommt.

Düsseldorf, 26. August. (WZ.) Die französische Gläubigerliste von allen Kreditoren der Ruhrzone am Vortage bekannt, daß das als Entschädigung für die Verluste von der Besetzung erlitten wurde. In den Straßen der Stadt bewachte sich eine beachtliche Menge. An allen Straßenecken fanden fremde errigte Gruppen, die dieses Ereignis beklagten. Erreichte war es beschlossen, daß über soziale Bewegung verhandelt werden. Aus allen öffentlichen Gebäuden erlangten unterhalb der Weisen, Trophäen der Längs von Weisen, und Sanktionsstädten, ist es, soweit bis jetzt bekannt ist, nicht zu unterscheiden gekommen.

Für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem geräumten Düsseldorf ist behutsam Sorge getragen worden. Sofort nach dem Aufhören des feil heute morgen nur noch formell angelegten Kontrollvermittler der Besetzung, also fast nur militärische, treffen die ersten Schritte abzuweichen an. Weitere folgen im Laufe des morgigen Vormittages. Bis morgen mittag werden zwei Sonderkommissionen in der Stadt Quartier genommen haben. Nachmittag werden sich mehrere Sonderkommissionen ernennen, jedoch bis morgen abends die diese Polizei durch vier Hundertschaften verstärkt ist.

Duisburg, 26. August. (WZ.) Der Abzug der französischen und belgischen Truppen aus Duisburg geht glatt voran. Mit Auslösen der Besatzungsliste beginnt die Arbeit, die ersten Schritte abzuweichen an. Weitere folgen im Laufe des morgigen Vormittages. Bis morgen mittag werden zwei Sonderkommissionen in der Stadt Quartier genommen haben. Nachmittag werden sich mehrere Sonderkommissionen ernennen, jedoch bis morgen abends die diese Polizei durch vier Hundertschaften verstärkt ist.

Kabinettsrat über Sicherheitsnote und Teuerung.

Die Kabinettsitzung vom Dienstag besaßte sich zuerst mit der französischen Note und dann mit der angekündigten Preissteigerung der Reichsregierung. An Preissteigerung wurden dann in den verschiedenen Abteilungen über diese Note der Regierung ausgearbeitet. Zunächst will die Regierung wachen, die Preissteigerung vorzuziehen und naturgemäß die Preise freizugeben, die Kartelle der einer Überproduktion der Preise und einer Missbilligung lebenswichtiger Waren, die auch zu unzulässigen Teuerungen führen, schließlich den Handel vor einer übertrieben Einbindung zu den heutigen hohen Preisen. Dabei ist die Meinung zugrunde gelegt, daß heute schon die künftigen Preise überall einfallend werden, wodurch Marktstände überflüssig seien, weil eine weitere Verteuerung auf Grund der Höhe gar nicht mehr eintreten würde und vielmehr mit einer leichten Senkung zu rechnen sei.

Die amtlichen Preise sollen regelmäßig veröffentlicht werden, um die Bevölkerung richtig zu informieren; gegen die Kartelle werden stärkere Maßnahmen für den Fall angeordnet, daß die erlenen Warnungen nicht nützen sollten.

Erfordert wird von Regierungseite die „einseitige und nicht weitläufige Interpretation“ der neuen Preise und Steuern gelabelt; die Interpretation bestche in dem Glauben, daß man sich durch Hinlegen von Waren vor neuer Teuerung schützen müsse. Werden solche Vorrechte gestattet, so müssen sie später am jeden Preis verlornt werden, worauf das Publikum und die Wirtschaft aufmerksam gemacht werden müsse. Ebenso ist auf eine Verbilligung der Kaufkraft hinzuwirken. Ein Abhilfeplan würde eine neue Verrechnung, und Abschreibung bringen, neue Stilllegungen und Anhebungen veranlassen.

Die Reichsregierung erlaubt alle Preise, die Zollfreie nicht für Preise und Zölne auszusprechen; der Charakter der Fälle als Verhandlungssache müsse gewahrt bleiben. Die Reichsregierung will sich hinsichtlich aller Maßnahmen gegen Kartelle und Synbillate bedienen, sobald diese die allgemeine Unruhe über die Preissteigerungen verstärken. Die bisher kaum angehenden Paragraphen 4, 5 und 10 des Kartellgesetzes würden auf ihre Wirksamkeit geprüft werden; im Bedarfsfall könne ein eigener Gesetzentwurf gegen übertriebene Ring-

bilanzen im Gewerbe eingebracht werden. Untertagt werden glatte Preissteigerung, Rechnung in fremder Währung und Preisbindung mit Ausschließlichkeitsklauseln.

Der Zweck der Zollnote sei die Grundlage für Handelsvertragsverhandlungen gewesen. Wäre die Zollnote auf dem inneren Markt Unzufriedenheit hervorgerufen, dann wären die neuen Zollfreie illusorisch für die Verhandlungen; sie dürfen also nicht Verhandlungsziele im Ausland bilden.

Es ist sicher, daß es der Reichsregierung mit diesen Plänen ernst ist; die andere Frage bleibt aber bestehen, ob der natürliche Ablauf der Wirtschaft bei es sich richtigen Ermahnungen folgen wird. Im Einzelnen wird wohl das Gewinnstreben so stark sein, daß die Warnung allein nicht genügt.

Berlin, 26. August. (WZ.) (Erstmitteilung unserer Berliner Schriftleitung.) Man rechnet damit, daß die Beratungen der Regierung über die Preissteigerung heute zum Abschluß kommen, nachdem heute vormittag noch Besprechungen mit Vertretern der Bankwelt über die Finanzpolitik der Banken stattfanden. In Wirtschaftskreisen sieht man den angekündigten Maßnahmen der Reichsregierung mit einem gewissen Optimismus entgegen und berichtet sich keine allzu großen Enttäuschungen.

Die französische Antwortnote.

Der französische Botschafter in Berlin hatte schon am Mittwoch der vorigen Woche die Note in Händen. Die Verzögerung der Überreichung bis zum Montag geht auf eine nicht sehr wesentliche Korrektur zurück, die Belgien, das an der Londoner Konferenz zwischen Chamberlain und Briand nicht teilgenommen hatte, noch vornehmen mußte. Auch die italienische und die polnische Regierung hatten den Wortlaut der Note inswischen erfahren; sie scheinen aber dagegen nichts eingebracht zu haben. Der Unterschied in Ton und Inhalt soll gegenüber der Juni-Note so sehr ausfallen, daß der Notenwechsel als beendet betrachtet werden kann.

Angewandte für den schulpflichtigen Schülerunterricht 10 Pfennig im Heft. In Heft 10 Pfennig für Heft 10 Pfennig und 10 Pfennig im Heft 10 Pfennig. — Familienangelegenheiten besonders empfohlen. — Robell nach Karl. — Wochenschrift über Gesundheitswesen. — Bekanntmachung über den Verkauf der Wägen. — Bekanntmachung über den Verkauf der Wägen. — Bekanntmachung über den Verkauf der Wägen.

Die nächste Etappe sind die mündlichen Verhandlungen. Man erwartet, daß zunächst das Justizministerium stattfinden, und daß vielleicht noch im August der Leiter der Reichsregierung des auswärtigen Amtes nach London reist.

Die Passivierung erwartet man für Anfang Oktober, vielleicht schon Ende September. Es ist in London und Paris eine Konferenz der Außenminister vorgeschlagen, während man in Berlin auf die Ministerratskonferenz, vor allem den Reichskanzler, zuhören möchte. An der Frage des Ruhrgebietes und der Schiedsverträge verweist die Note ganz allgemein auf den Ruhrbund selbst, der also über den Artikel 16 zu entscheiden hätte. Es wird ferner in der Note festgelegt, daß ein Eiderbeistand der Verfaller Vertrag respektieren müsse. Darin liegt eine Ablehnung der Verbindung zwischen Rat und Neuverteilung der Besatzungsfragen.

Der amtliche Bericht. Berlin, 26. Aug. (WZ.) Über die Kabinettsitzung wurde folgender amtlicher Bericht herausgegeben: In der letzten Kabinettsitzung wurde der Wortlaut der französischen Antwortnote über die Sicherheitsfrage zur Kenntnis genommen und grundsätzlich erörtert. Die Einzelheiten sind Mittwoch nachmittag statt. Der Bericht teilt weiter mit, daß die Beratung der übrigen Angelegenheiten der heutigen Tagesordnung, besonders auch der Maßnahmen zur Preisbindung am Nachmittag fortgesetzt wird.

Nicht sehr günstig. Berlin, 26. Aug. (Erstmitteilung unserer Berliner Schriftleitung.) Amtlich wird bekannt, daß die Verifizierung der französischen Sicherheitsnote am Donnerstag früh erfolgen wird. Am 11 Uhr hat die Kabinettsitzung der Reichsregierung zu einer neuen Besprechung zusammengetreten, die sich mit dem Inhalt der Note befaßte. Es befaßt sich dabei mit dem Einwand, daß die französische Note im ganzen genommen, nicht sehr günstig ist. Die drei Punkte, an denen die letzte deutsche Note scheitern hätte, werden ziemlich vorbehaltlos abgelehnt, wenn auch diese Ablehnung in so höflicher Form erfolgt, daß die Tür für weitere Verhandlungen nicht verriegelt wird.

Das Fiskalwesen und die interalliierten Schulden.

Die Besprechungen zwischen den Finanzministern Englands und Frankreichs haben eine gewisse Annäherung gebracht. England soll von der Forderung nach 20 Millionen Pfund jährlich auf 16 Millionen heruntergekommen sein, während Frankreich sich bei einer Zahlung von 20 Millionen Jahreszahlung und 6 Millionen Abkühlungen aus dem Dames-Jahreszahlungen über 15 Millionen Jahreszahlung nach der anderen Zahlung 12 Millionen Jahreszahlung und davon 6 Dames-Millionen oder 10 Millionen ohne Dames-Abkühlungen angeboten haben soll. Die höhere Ziffer wird aus London, die niedrigere aus Paris gemeldet. Der Streit um die Bewertung der Dames-Zahlungen geht weiter. England will möglichst gar keine Überweisungen aus dem Dames-Fonds und besendet diese jetzt nur noch mit einem Drittel ihres Nominalwertes, will also eine direkte Zahlung aus Frankreich erzwängen.

Cailloux erfolgrlos!

Paris, 26. August. (WZ.) Die Morgenpresse meldet, daß Churchill gestern auch Cailloux vorgeschlagen habe, Frankreich solle Schuldlosen in Höhe von 14 Millionen Pfund Sterling erlösen, wobei jedoch nicht die Erträge aus den Dames-Zahlungen berücksichtigt seien. Cailloux habe dieses englische Mindestangebot abgelehnt und an seinem ursprünglichen Vorschlag von jährlich 10 Millionen Pfund festgehalten. Man halte es nunmehr für gewiss, daß Cailloux heute abend oder morgen früh unverrichteter Dinge nach Paris zurückkehren werde.

Amerika wird energischer!

New York, 26. Aug. (WZ.) Amtliche Erklärungen lassen keinen Zweifel darüber, daß Amerika einhellig ist, zur Durchführung der Schuldenregelung allerhöchsten Druck auf Frankreich auszuüben. Amerika ist überzeugt, daß Frankreich sich, seine Schulden in 26 Jahren abzutragen und außerdem das Kapital mit 3 bis 3 1/2 Prozent zu verginsen.

Amundsens Polarpläne.

Berlin, 26. August. (WZ.) Der amerikanische Geograph Amundsen hat eine Unterredung mit Vertretern des Reichsamt für die Polarregionen geführt, über seine Pläne, sich für eine neue Nordpolexpedition vor dem Sommer 1927 nicht zu denken ist. Er hält vorläufig an dem Plan fest, für sein Unternehmen Zugänge zu verwenden. Voraussetzung dafür ist, daß der Ring ohne Zwischenlandung beschaffen werden kann. Über sein Verhältnis zu den Generälen befragt, erklärte er, daß er eine durchaus selbständige und abwartende Haltung einnehme. Der Forscher glaubt, daß der Plan einer Expedition nach dem Nordpol verhältnismäßig größere Schwierigkeiten erfordern würde. Er habe nicht die Absicht, auf der Stelle Friedrickshafen zu verlassen. Das Ziel seiner Reise ist, entgegen anders lautenden Gerüchten, das er mit seinem Schwager Grewitz zusammenstellen will, um zusammen mit Herrn Borchgrevink die Finanzierung seiner Pläne zu beschreiben. Von einem Ausfall von Plänen in Stalien ist ebenfalls nicht die Rede. Es ist beabsichtigt, wenn möglich für eine Expedition wieder dieselben Helfer zu gewinnen. Amundsen hat erneut anerkannt, daß er keinen deutschen Helfer braucht, bei der letzten Nordpolexpedition.

Söhndorf!

Mergenthal, 26. August. (WZ.) Der österreichische Reichsminister Conrad von Söhndorf ist gestern 5 Uhr nachmittags plötzlich gestorben.

